



# Finanzielle Förderung als Problem

von Ernst Ulrich Köpf

Natürlich nimmt jeder eine finanzielle Förderung gern entgegen. Das gilt nicht zuletzt bei einem Geschäft wie Forstwirtschaft in Deutschland. Denn der Eigentümer steckt sein Geld in einen Wald, dessen „Rendite“ in Form vielfältigen Nutzens für viele über Jahrzehnte, ja Jahrhunderte reift. Tatsächlich reklamieren Menschen, die nichts zu seiner Erzeugung beigetragen haben, diesen Nutzen ungeniert für sich. Auf einem anderen Blatt steht, dass sie nicht ohne weiteres zur Kasse gebeten werden können. Staatsvertreter sehen – während sie sich aus der staatlichen Verantwortung durch Schwächung ihrer Forstverwaltungen zurückziehen – einen Ausweg in finanzieller Förderung. Es stellt sich die Frage, ob man so den Zumutungen gerecht werden kann, welche sich aus ständig wachsenden Forderungen des Naturschutzes, zunehmender Erholungsnutzung der Wälder, Auflagen der Wasserwirtschaft, Verkehrssicherungspflichten, vielerlei Bürgerwünschen und ständiger Rechtsinterventionen aller Ebenen vom Landkreis bis zur Europäischen Union ergeben.

Ich habe meine Skepsis gegen die Entwicklung komplexer staatlicher Förderprogramme für Forstwirtschaft in meinem Buch „Forstpolitik“ (Ulmer Verlag, Stuttgart 2002) dargelegt. In früheren Zeiten gaben Vertreter der Forstpolitikwissenschaft freimütig zu erkennen, dass öffentliche Interessen die forstliche Förderung motivieren. Doch die bestimmenden Interessen sind verdeckt: In Sachsen sollen rund 400 Personalstellen der Forstverwaltung in die Landratsämter verschoben werden, wo sie unvermeidlich in bürokratische Funktionen mutieren und früher oder später wohl auch abgebaut werden. Entlastung des Staatshaushaltes und Auflösung der Verantwortlichkeit des zuständigen Ministers sind die verdeckten Interessen. Finanzielle Mittel anderer Verwaltungsebenen dienen der scheinbaren Kompensation. Ob sie bei den Waldbesitzern ankommen ist fraglich. Mit welchen Zumutungen für die Waldbesitzer sie verbunden sind, in

welcher Höhe und wie lange sie gewährt werden, steht dahin. Allemal entsteht, sollen die Mittel sinnvoll verteilt und rechtlich sicher kontrolliert werden, hoher bürokratischer Aufwand auf Geber- und Nehmerseite. Kleinwaldbesitzer gehen leer aus, es sei denn sie sind in eine Betriebsgemeinschaft integriert. Kaum jemandem scheint zu stören, dass so der Staat immer teurer und ineffizienter wird. Am Wald werden die Fehler erst sichtbar, wenn die Verantwortlichen nicht mehr zur Verfügung stehen. Während alle das Wort „Nachhaltigkeit“ im Munde führen, zerrüttet man unauffällig das Staatswesen.

Doch zur aktuellen Entwicklung: Am 14. November 2006 bot ein Tharandter Forstwissenschaftliches Kolloquium Gelegenheit, einiges über Hilfen aus Brüssel für den ländlichen Raum zu lernen. Dr. Frank Setzer, Tharandter Absolvent und derzeit bei der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Hamburg, erläuterte in klaren Worten die ELER-Verordnung. Max Ortner von der Universität Göttingen berichtete über Projekte im Rahmen von LEADER und LEADER+. Wer sich mit der „fördernden EU“ befasst, kommt um solche Akronyme nicht herum. ELER bedeutet Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Für ihn gilt die „Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005“. LEADER gibt es seit 1991 und leitet sich aus dem Französischen ab: Liaison entre actions de développement de l'économie rurale. Das bedeutet „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ – der Ausdruck „ländliche Wirtschaftsförderung“ würde genügen. Das Leben erstirbt in einer Welt der Bürokraten, die sich mit solchen Sätzen oder Kurzbezeichnungen erklären und verschließen.

Als „Achsen“ oder „Säulen“ im ländlichen Raum werden über die „LEADER-Achse“ angestrebt:

- verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,

- Umweltschutz und Landschaftspflege durch Landmanagement sowie
- Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Lebensqualität.

Einheitliche Programmierung, Finanzierung, Monitoring und Kontrolle behält sich die EU-Kommission vor. So möchte man 2007–2013 eine ländliche Entwicklung in die Wege leiten.

Eine vorgeschriebene Grundlage bietet EPLR – das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum. Der Freistaat Sachsen hat sein EPLR am 10.11.2006 als Entwurf zur Genehmigung in Brüssel eingereicht. Es ist eine Fleißarbeit von 430 Seiten Umfang plus Anhang, einzusehen im Internet unter ... in der Rubrik „Förderung“ unter „aktuell“. Es heißt dort: „Im ländlichen Raum dominiert uneingeschränkt die Abwanderung“ (S. 8). Sachsenweit betrage die Wanderungsbilanz im Jahre 2004 je 1000 Einwohner ca. –2, bei der Gruppe der 15- bis unter 40-Jährigen sogar –6. Die Vorschläge zur forstlichen Förderung beziehen sich im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit auf Wege- und Brückenbau, um die Holznutzung zu erleichtern und den Holzwert zu verbessern; in Bezug auf Umwelt und Landschaft auf Erst- bzw. Wiederaufforstung, Waldumbau, Bodenschutzkalkung und „Beihilfen für nichtproduktive Investitionen“; zur Verbesserung der Lebensqualität auf Fremdenverkehr und Dienstleistungen zur Sicherung der Grundversorgung. Seitens der Forstwirtschaft hat niemand Anlass, hiergegen etwas einzuwenden. Doch ob ELER und LEADER+ das Ausbluten der ländlichen Räume aufhalten kann, muss füglich bezweifelt werden. Denn die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU unterstützt ohne Wenn und Aber die Konzentration von Kapital und Menschen in den Ballungszentren.

Sie heizt die Globalisierung an anstatt sie zu regeln. Im Sinne einer „nachhaltigen Entwicklung“ ist dies reine Selbstmordstrategie. Unverzeihlich wäre es, nicht darauf hinzuweisen.